

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198

gegründet 1861

Freitag, 12. März 1982

Blatt 668

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Neubauprojekt Porzellangasse: Bauvolumen wird nicht
ausgesendet: ausgenützt
(grau) Zentralsparkasse: Bilanzsumme stieg um 13,3 Prozent

Kommunal: Mehr als 17,5 Millionen S für Kanalbauten
(rosa) Einsatzfahrzeug für Psychosozialen Notdienst
Diensttag Pressegespräch des Bürgermeister
Wiener Landtag
Wiener Gemeinderat

Politik: Gedenktafel für Bürgermeister Teddy Kollek
(rosa)

Lokal: Das Museum kommt zu den Besuchern
(orange) Hostessen-Anzeigen: Zilk-Appell gegen den
schlechten Geschmack

Nur
Über FS: 12.3. Fenstersturz aus 9. Stockwerk - Kind überlebte
Sperrung der Jörgerstraße

.....
Bereits am 11. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Neubauprojekt Porzellangasse: Bauvolumen wird nicht ausgenützt
=++++

12 #Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) Beim Neubauprojekt des Fürsten Liechtenstein in der Porzellangasse soll das nach den Bebauungsbestimmungen mögliche Bauvolumen nur zu einem Drittel ausgenützt werden. Es ist nun Sache der Bezirksvertretung des Alsergrundes zu entscheiden, ob sie dieser Abweichung zustimmt. Ein Rechtsanspruch auf die Errichtung eines Neubaus besteht jedenfalls auf diesem Grundstück. Das erklärte Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER Donnerstag in einem ORF-Interview.#

Stadtrat Wurzer sagte weiter, daß für dieses Grundstück seit etwa 100 Jahren die Bauklasse 4 festgelegt ist, ohne daß jemals eine Abänderung des bestehenden Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes beantragt worden wäre. Bei dem Neubauprojekt soll nun das mögliche Bauvolumen nur zu einem Drittel ausgenützt werden. Die Bezirksvertretung hat jetzt aufgrund der Bauordnung zu entscheiden, ob sie der geringeren Kubatur und damit einer Ausnahme von den Bebauungsbestimmungen zustimmt, die ein weit größeres Gebäude zuließen. Keine Frage ist es jedoch, daß der Bauwerber einen Rechtsanspruch hat, sein Neubauprojekt zu verwirklichen.

Es wird auch keine öffentlich zugängliche Grünfläche "zubetoniert", betonte Wurzer: Auf dem Areal steht bereits jetzt ein Gebäude, das durch einen nur geringfügig größeren Neubau ersetzt wird. Dieser wird jedoch auf einer Fläche errichtet, die nicht zur Parkanlage des Palais Liechtenstein gehört. Daß die Anrainer nicht wollen, daß ihre Aussicht beeinträchtigt wird, sei verständlich, ebenso daß sie sich deshalb zu Wort melden. Dem stehen jedoch wohlerworbene Rechte des Grundstückseigentümers gegenüber, führte Wurzer weiter aus. Hinsichtlich eines in einer Tageszeitung zitierten Vorwurfs, der Planverfasser des Projekts, Professor Machatschek, halte an der Technischen Universität Vorlesungen über Denkmalschutz und sei auch Berater des Denkmalamtes, sagte Wurzer, das Denkmalamt sei nicht involviert, weil das Gebäude nicht unter Denkmalschutz steht. Energisch wandte er sich deshalb gegen derartige vermutete Zusammenhänge. (Schluß) and/bs

.....
Bereits am 11. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Zentralsparkasse: Bilanzsumme stieg um 13,3 Prozent
Utl.: Trotz schwieriger Wirtschaftslage zufriedenstellendes
Ergebnis

=++++

13 #Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) Mit einer Ausweitung der Bilanzsumme um 13,3 Prozent auf 122,2 Milliarden Schilling schloß die Zentralssparkasse und Kommerzialbank das Geschäftsjahr 1981 ab, erklärte Generaldirektor Dr. Karl VAK im Rahmen einer Pressekonferenz am Donnerstag.#

Die Verteuerung der Geldkosten hat zu einer Schmälerung der Ertragsbasis geführt.

Die Spareinlagen entwickelten sich positiv. Mit einem Zuwachs von 13,3 Prozent (knapp 6 Milliarden Schilling) wurde bis Jahresende ein Spareinlagenstand von 50,8 Milliarden Schilling erreicht.

Das Veranlagungsvolumen erhöhte sich um 15,2 Prozent auf 82,7 Milliarden Schilling. Davon entfielen 32 Prozent auf die Bereiche Handel, Gewerbe und Industrie sowie Dienstleistungen, 19 Prozent auf den Wohnbau, 14 Prozent auf die öffentliche Hand und 35 Prozent auf Privatkunden, Kreditinstitute und sonstige Schuldner.

Gemeinsam mit der Wiener Landes-Hypothekenbank wirkte die "Z" an der Finanzierung von rund 21.000 Wohnungen mit. Davon sind 4.500 Wohnungen Neubauten. (Schluß) lei/bs

NNNN

Das Museum kommt zu den Besuchern

Utl.: Wanderausstellung mit Fielhauer-Karikaturen

=++++

1 Wien, 12.3. (RK-LOKAL) Eine Wanderausstellung mit Karikaturen von Otto ("Habakuk") Fielhauer wird ab kommenden Montag, 15. März, erstmals in der Volkshochschule Favoriten gezeigt. Themen der Ausstellung sind Alltag und Politik der 2. Republik.

Die Karikaturenausstellung ist Teil einer Serie von Wanderausstellungen, die vom österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Zusammenarbeit mit der Stadt Wien (MA 13) veranstaltet werden. Die Ausstellungen werden nach dem Motto "Das Museum kommt zu den Besuchern" in Volkshochschulen, Häusern der Begegnung und Jugendzentren gezeigt. (Schluß) emw/bs

NNNN

Mehr als 17,5 Millionen Schilling für Kanalbauten

=++++

2 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Bau- und Materialkosten in Höhe von mehr als 17,5 Millionen Schilling hat der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz für den planmäßigen Ausbau des städtischen Kanalnetzes nach Plänen der MA 30 (Kanalisation) genehmigt. In Simmering ist der Bau eines Straßenkanals in der Schemmerlstraße von der Hasenleitengasse bis zur Zumbuschstraße und von der Lesergasse bis zur Bahnunterführung vorgesehen. Da der Kanal auch einen Abschnitt der Südostautobahn entwässern wird, trägt einen Teil der Baukosten von 12 Millionen Schilling der Bund.

In Favoriten werden im Gebiet des Hebbelplatzes Kanäle gebaut, deren Kosten mit 3,7 Millionen Schilling veranschlagt wurden. Rund 1,8 Millionen kostet ein Straßenkanal, der in Donaustadt errichtet wird, und zwar in der Atemsgasse vom Haus Nr. 11 bis zur Donaufelder Straße. (Schluß) we/ap

NNNN

Einsatzfahrzeug für Psychosozialen Notdienst

Utl.: "Psychosozialer Notdienst auf Rädern"

=++++

3 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Noch rascher und damit wirkungsvoller als bisher kann der Psychosoziale Notdienst in seelischen Krisensituationen oder Notfällen helfend eingreifen. Donnerstag abend übergab Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER den Mitarbeitern des Psychosozialen Notdienstes im 2. Bezirk, Kleine Sperlgasse 2b (Tel. 24 64 24) ein eigenes Einsatzfahrzeug. Damit ist es dem psychosozialen Team, bestehend aus Ärzten, Psychologen, Sozialarbeitern und Krankenpflegern, ab sofort möglich, auch außerhalb des Stützpunktes Einsätze zu tätigen und rasch am Krisenort zu sein. Das neue Fahrzeug ist allerdings nicht als Einsatzfahrzeug gekennzeichnet, um einen unauffälligen Einsatz zu ermöglichen.

Zwtl.: In über 1.500 Fällen geholfen

Der psychosoziale Notdienst wurde in den ersten neun Monaten seines Bestehens bereits von über 1.500 Hilfesuchenden in Anspruch genommen. Auf Grund der ständig steigenden Frequenz dürfte sich diese Zahl jedoch in nächster Zeit noch wesentlich erhöhen. Stacher betonte, daß von der Tätigkeit des Notdienstes unter anderem auch eine zahlenmäßige Verminderung der Zwangseinweisung in die Psychiatrie erwartet wird. (Schluß) zi/gg

NNNN

Hostessen-Anzeigen: Zilk-Appell gegen den schlechten Geschmack

=++++

4 #Wien, 12.3. (RK-LOKAL) Zu einer gemeinsamen Allianz gegen den schlechten Geschmack rief Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK Freitag die Herausgeber jener Tageszeitungen auf, die in ihrem Anzeigenteil Kontakt- und Hostessen-Annoncen bringen: Nicht aus Prüderie, sondern aus Gründen des guten Geschmacks sollten die Herausgeber dieser Blätter künftig nur noch Anzeigen annehmen, die auf die Schilderung lächerlicher bis unappetitlicher Details verzichten. Zilk wies darauf hin, daß den Bürgerdienst der Stadt Wien immer wieder Anrufe erreichen, in denen auf die Geschmacklosigkeit der diesbezüglichen Anzeigen hingewiesen wird.#

Unter Hinweis auf bundesdeutsche Beispiele, wo die Boulevardzeitungen ebenfalls ohne diese Detailschilderungen auskommen, meinte Zilk, er sei zuversichtlich, daß er mit seinem Appell Erfolg haben werde, nicht zuletzt deshalb, weil er stets die Auffassung vertrete, daß es in unserer Gesellschaft sehr oft wirksamer sei, durch Argumente zu überzeugen, als mit Hilfe von Verboten etwas zu erzwingen. "Ich bin sicher, daß sich die Verantwortlichen in den betroffenen Tageszeitungen auch ohne umständliche Verordnungen und Gesetze meiner Ansicht anschließen werden" sagte Zilk gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ".

In diesem Zusammenhang erinnerte Zilk an seine schon früher erhobene Aufforderung an Steuer- und Sozialbehörden, Prostituierte nach den für alle Staatsbürger gültigen Normen gleich zu behandeln. Es sei absolut nicht einzusehen, daß - gerade heute - wo alle Bürger streng zu ihren Steuerleistungen angehalten werden, die Prostitution steuerfrei sei und dadurch Millionen Einkünfte verlorgen gehen.

(Schluß) ga/bs

NNNN

12. März 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 675

12. März 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 675

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

~~Dienstag~~ Pressegespräch des Bürgermeisters

5+++ Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Dienstag, dem 16. März, findet ~~um~~ ~~11.30~~ ~~Uhr~~ das nächste Pressegespräch mit Bürgermeister Leopold GRATZ im Konferenzraum des Presse- und Informationsdienstes ~~statt~~ (Schluß) ~~sti/ap~~ Konferenzraum des Presse- und Informationsdienstes statt. (Schluß) sti/ap

NNNN

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Bericht Stadtrat Stacher

=++++

7 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat trat Freitag unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen. Dem Gemeinderat lagen eine Anfrage der FPÖ, drei Anfragen der ÖVP sowie ein Antrag der FPÖ auf Reduzierung der Strom- und Gastarife vor.

Die Gemeinderatssitzung begann mit einem Bericht von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER, der in einem einstündigen Diavortrag den in der letzten Gemeinderatssitzung gegebenen Bericht über die Situation der Wiener Spitäler ergänzte. Stacher verwies darauf, daß bei den Personalkosten die massivste Steigerung erfolgt ist. Die Zahl der Arztstellen erhöhte sich von 1975 bis 1981 von 1.798 auf 2.054, die Zahl der medizinisch-technischen Dienste von 1.521 auf 1.875 und das Pflegepersonal von 8.442 auf 9.640. In Wien werden die meisten Ärzte ausgebildet. Auch die Bundesländer müßten mehr Ärzteausbildungsstellen einrichten, sagte Stacher. Er betonte, daß für einen humaneren Spitalsbetrieb mehr Personal unabdingbar notwendig ist.

15,9 Prozent der Kosten entfallen in Wien auf die Behandlung ambulanter Patienten. Das ist mehr als in allen anderen Bundesländern. Es muß alles unternommen werden, daß auch diese Leistungen abgegolten werden.

Die Verweildauer in den Spitälern ist auch vom Jahr 1980 auf 1981 weiter zurückgegangen, die Bettenauslastung ist im Durchschnitt auf 84,5 Prozent angestiegen. Eine 85prozentige Auslastung wird international als optimal bezeichnet. Der hohe Auslastungsgrad bei den internen Abteilungen und der Neurologie weist auf einen Mangel an internen und neurologischen Betten hin.

Die längere Verweildauer im Bereich der Psychiatrie, der Neurologie und der Strahlentherapie korrespondiert mit dem Umstand, daß es gerade hier besonders viele Patienten aus den Bundesländern gibt. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Bericht Stadtrat Stacher

=++++

8 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) In den Privatspitälern sind mehr chronisch Kranke und Pflegefälle, die einen weniger hohen Aufwand erfordern. Ein Kostenvergleich mit Akutspitälern ist deshalb nicht möglich.

Die Krankenhaushäufigkeit hat in den letzten Jahren zugenommen. 1975 wurden 200.000 Patienten aufgenommen, 1980 237.000. Auch die Zahl der Pflagetage ist angestiegen.

Durch eine bessere Auslastung der Spitäler war eine Verminderung der Zahl der Betten möglich.

Es stimmt nicht, sagte STACHER, daß die Wiener Spitäler teurer als Spitäler in den Bundesländern sind, wenn man Vergleichbares miteinander vergleicht.

Auch im Jahr 1981 kamen 17,75 Prozent der Patienten der Wiener städtischen Spitäler aus den anderen Bundesländern, wobei der Prozentsatz im Allgemeinen Krankenhaus sowie in den Krankenhäusern mit Spezialabteilungen am höchsten war.

Am Beispiel des Rudolfspitals illustrierte STACHER die ungeheure Entwicklung, die im Spitalswesen in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hat. Der Einsatz moderner Technik brachte enorme Verbesserungen, die allerdings auch Geld kosteten. Im Rudolfspital gab es 1881 30 Ärzte, 1951 117 und 1981 226. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Stand des Pflegepersonals von 80 auf 367 und 460, die Zahl der ambulanten Behandlungen von 3.500 auf 48.000 und 180.000, die Zahl der Operationen von 223 auf 11.500 und 18.500.

STACHER verwies darauf, daß zu jedem Krankenhaus eigentlich auch entsprechende Rehabilitationseinrichtungen gehören müßten.

Das Krankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost soll in drei Etappen gebaut werden. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Bericht Stadtrat Stacher

=+++++

9 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Im Allgemeinen Krankenhaus gibt es derzeit 2.450 Betten, sagte STACHER, im neuen AKH werden es 2.176 sein. Die Verminderung erfolgt in jenen Bereichen, in denen keine entsprechende Auslastung gegeben ist. Anhand zahlreicher Beispiele erläuterte Stacher, daß das künftige AKH eine wesentlich humanere Atmosphäre haben wird als das alte AKH.

Die Lehrtätigkeit wurde auf zahlreiche Spitäler ausgeweitet. Die städtischen Spitäler sind sich ihrer Verpflichtung, der Universität bei der Ausbildung zu helfen, bewußt. Auf das AKH kann allerdings nicht verzichtet werden.

Die Ausbildung und Weiterbildung in den Spitälern selbst wurde intensiviert. Bei Patientenbefragungen zeigte sich eine weitestgehende Zufriedenheit der Patienten mit der Betreuung.

Die Zahl der Pflegeheim- und Wohnheimplätze stieg zwischen 1973 und 1981 von 10.673 auf 13.397. Eine Steigerung gibt es auch bei der Zahl der niedergelassenen Ärzte. 1975 gab es in Wien 6.083 Ärzte, 1981 waren es 6.838. Sehr gut bewährt hat sich der Einsatz der mobilen Krankenschwestern, die in ihrer Funktion als verlängerter Arm des praktischen Arztes 1981 bereits über 4.000 Patienten betreut haben. Sie arbeiten eng mit der Heimhilfe zusammen, die 1981 9.160 Menschen betreute.

Die Betriebsorganisation ist weiter zu verbessern, sagte Stacher, die medizinische Entwicklung geht weiter. Die Wiener Spitäler erbringen weit über Wien hinaus Leistungen für ganz Österreich. Wir müssen allerdings dafür sorgen, daß wir dafür nicht nur Anerkennung, sondern auch die notwendigen finanziellen Mittel bekommen, schloß Stacher. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

10 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) ging zunächst auf die 500 Millionen Schilling Schulden der Wiener Gebietskrankenkasse bei der Stadt Wien ein. Die Stadt Wien wird auf diesem Weg als zinsfreier Kreditgeber benützt, sagte Hirnschall. Der jährliche Schaden der Gemeinde beträgt etwa 50 bis 60 Millionen Schilling. Das kann nicht toleriert werden. Die Versicherungen zahlen ohnedies nur mehr 40 Prozent des Gesamtaufwandes der Wiener Spitäler. Hirnschall stellte den ANTRAG, über das Bundesministerium für soziale Verwaltung zu bewirken, daß die Gebietskrankenkasse ihren Verpflichtungen nachkommt. Sollte das binnen Monatsfrist nicht der Fall sein, müßten rechtliche Schritte unternommen werden.

Während in den Kinder-, Kieferchirurgischen-, Augen- und HNO-Abteilungen eine mangelnde Auslastung gegeben ist, ist in anderen Abteilungen, wie der Internen, der Neurologie und der Chirurgie eine sehr starke Auslastung zu verzeichnen, was dazu führt, daß Patienten in Gangbetten liegen müssen, betonte Hirnschall. Eine der Ursachen dafür ist der Mangel an Pflegebetten, der auch mit der Inbetriebnahme des Pflegeheims Ost noch nicht behoben sein wird. Eine Aufstockung der Pflegeeinrichtungen zur Entlastung der Spitäler ist daher dringend nötig.

Abschließend wies Hirnschall auf die mangelnde Versorgung bestimmter Bezirke mit praktischen Ärzten hin. Auch hier müßten dringend Maßnahmen gesetzt werden. Den Bericht von Stadtrat Stacher wird die FPÖ zur Kenntnis nehmen, schloß Hirnschall. (Schluß)
gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

12 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. Gertrude KUBIENA (ÖVP) kritisierte, daß ein Gutachten des deutschen Krankenhausinstituts, das sich kritisch mit der Situation des Gesundheitswesens in Wien auseinandersetzt, seit einem Jahr in der Schublade von Stadtrat STACHER liegt. Die Tätigkeit der Opposition wird zur Detektivarbeit. Kubiena vermutet drei Punkte, warum das Gutachten geheimgehalten wird: Es enthält massive Kritik und zeigt Irrwege des Zielplanes auf. Es bestätigt die seit Jahrzehnten aufgestellten Forderungen der ÖVP und demaskiert die Fehlleistungen einer sozialistischen Gesellschaftspolitik. Zur Verbesserung der Gesundheitspolitik hat die ÖVP zahlreiche Anträge im Gemeinderat gestellt. Beispielsweise bereits 1961 einen Antrag zum Bau des Sozialmedizinischen Zentrums Ost. Es wurden mehr neurologische Betten von der ÖVP gefordert, weiters die Verbesserung der medizinischen Infrastruktur und die Eindämmung der Energiekosten in Spitälern.

Von den Stadträten Mayr und Stacher werden immer wieder die hohen Kosten, die für Wien durch Nicht-Wiener-Patienten entstehen, beklagt. Von den Einnahmen der Spitäler wird nicht geredet. Die Operationen und die Geräte für die Nicht-Wiener-Patienten muß das zuweisende Krankenhaus bezahlen.

Stadtrat Stacher hat acht Forderungen aufgestellt, die eine finanzielle Umschichtung bedeuten. Eine echte Sanierung des Gesundheitswesens ist jedoch davon nicht zu erwarten. Für das Wiener Gesundheitswesen sind nicht nur Mittelumschichtungen, sondern politische Kurskorrekturen notwendig. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

13 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Kubiena beklagte den Verlust des Verantwortungsgefühls der Menschen füreinander. Es gibt immer mehr Sozialdienste, die menschliche Beziehungen kompensieren. Eine gute Gesellschaftspolitik würde viele Sozialdienste überflüssig machen. In Ergänzung zum Bericht von Stadtrat Stacher stellte die ÖVP folgende Forderungen: Die Information über das Gesundheitswesen soll möglichst umfassend und komplett sein, der Zielplan muß ein integriertes Gesundheitswesen anstreben und es müsse Kurskorrekturen in der Gesellschaftspolitik geben. Die ÖVP bekenne sich dazu, daß Wien die Verpflichtung hat, das beste und humanste Gesundheitswesen zu bieten. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

14 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) GR. LACINA (SPÖ) erklärte, daß das Gesundheitswesen Wandlungen unterworfen ist und neue Erkenntnisse berücksichtigt werden müssen, um eine optimale Versorgung zu gewährleisten. Er unterstrich die Leistungen von Stadtrat STACHER etwa durch die Vorlage des Krankenanstalten- und Altenhilfeplanes, der vom Gemeinderat beschlossen wurde. Derzeit bestehen in drei Spitälern Ausbildungsmöglichkeiten für Krankenpflegepersonal im zweiten Bildungsweg: wenn mit den derzeit vorhandenen 180 Plätzen nicht das Auslangen gefunden werden kann, wird die Zahl erhöht werden.

In ganz Niederösterreich gibt es, so Lacina, derzeit keine Infektionsabteilung. Es ist noch nicht sicher, ob im neuen Wiener Neustädter Spital eine eingerichtet wird. Diese Patienten kommen nach Wien.

Er erklärte, daß die Probleme mit der Spitalsfinanzierung auf den technischen Fortschritt, die außerordentliche Personalintensität der Krankenanstalten, die Kosten für Arznei- und Verbrauchsmaterial sowie die Ausweitung des Ambulanzbetriebes zurückzuführen sind.

Lacina gab einen Überblick über die Erhöhung des Pflege- und des ärztliche Personals zwischen 1975 und 1981 und betonte, daß in Wien 8,6 Ärzte auf 100 Spitalsbetten kommen, während es in den anderen Bundesländern nur 4,6 sind. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den Ausbildungsstätten hat sich vom Schuljahr 1972/73 (565) bis zum Schuljahr 1981/82 (1.783) deutlich erhöht. (Schluß)
and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

15 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP) erklärte, der Bericht von Sozialstadtrat Stacher gebe Anlaß dazu, zu überdenken, wieweit der Zielplan 1975 erfüllt worden sei. Goller griff drei Beispiele heraus: So sei der geplante Kobalt-Bunker in der Rudolfstiftung nicht gebaut worden, das Geriatriische Spital im 20. Bezirk sei nicht verwirklicht worden und auch im Fall des Pflegeheims Süd sei nur verlorener Planungsaufwand zu registrieren. Die Finanz- und Investitionspläne bieten keine realistische Vorschau. Und der Zielplan aus dem Jahre 1975 werde nicht konsequent realisiert.

Dr. Goller forderte zielführende Verhandlungen mit der Gebietskrankenkasse bezüglich der Neuregelung der Verpflegskostensätze. So stiegen die Ersätze von 1977 bis heute um knapp 50 Prozent, während in der gleichen Zeit die Eigenkosten um 81 Prozent, im AKH sogar um 169 Prozent, zunahmen. Die Schere werde immer größer.

Dr. Goller verwies darauf, daß die Wiener Gebietskrankenkasse Ende 1981 492 Millionen Rückstände gehabt habe. Er warf in diesem Zusammenhang Finanzstadtrat Mayr vor, nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft zu haben, um der Stadt Wien zu ihrem Geld zu verhelfen.

Namens der ÖVP-Fraktion stellte Dr. Goller eine ANFRAGE an Finanzstadtrat Mayr betreffend der Zahlungsrückstände der Wiener Gebietskrankenkasse. Er finde es unverständlich, sagte Dr. Goller, daß die Stadt Wien zur Überbrückung einer Liquiditätsenge einen hochverzinsten Kredit in Höhe von 500 Millionen Schilling kurzfristig aufnehmen müsse, während die Wiener Gebietskrankenkasse nicht dazu gedrängt werde, ihre Rückstände zu begleichen. (Forts.)
fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

16 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Zu finanziellen Auswirkungen der Krankenhausversorgung nahm Stadtrat MAYR (SPÖ) Stellung. In Wien werden derzeit 966 Turnusärzte ausgebildet. In 866 Fällen trägt die Stadt Wien die vollen Kosten, während es bei 100 Ärzten eine Kostenteilung mit dem Bund gibt. In den ersten beiden Jahren erbringen die auszubildenden Ärzte naturgemäß noch keine oder nur eine geringe Leistung. Während die Ärzte in Wien 4-Jahres-Verträge erhalten, gibt Niederösterreich 6-Jahres-Verträge, erhält also 4 Jahre lang die volle Leistung der jungen Ärzte.

Auch er, Mayr, halte die Höhe der Pflegegebührenersätze durch die Gebietskrankenkassen für nicht befriedigend. Man müsse allerdings berücksichtigen, daß auch die Krankenkasse in den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds einzahle. Mayr äußerte seine Besorgnis über das Weiterbestehen dieses Fonds. Es sei notwendig, sich an einen Tisch zu setzen und die Probleme zu lösen. Eine Aufkündigung des Fonds würde er bedauern, weil der Fonds das erste bundesweite Instrument ist, mit dem man versucht, die Krankenhausversorgung ohne Berücksichtigung des Wohnsitzes des einzelnen Patienten zu lösen.

Mayr erinnerte daran, daß der Finanz- und Investitionsplan jeweils nur für das erste Jahr verbindliche Vorhersagen enthalte.

Mayr stellte fest, daß der Rückstand der Wiener Gebietskrankenkasse mit Stichtag 4. März 1982 rund 430 Millionen Schilling betrage. Er habe entsprechende Schritte unternommen, um diese Schulden einzutreiben und eine Verzinsung zu erreichen. Bei allem Verständnis für die Verpflichtungen der Krankenversicherungsträger wurde damit alles Notwendige getan, um die Interessen der Stadt Wien zu wahren. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

17 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Christine SCHIRMER (SPÖ) wies zunächst auf die gestiegenen Schülerzahlen in den Krankenpflegeschulen der Stadt Wien hin. Anschließend ging SCHIRMER auf einen Debattenbeitrag von Stadtrat Gertrude KUBIENA ein, dem zufolge die Frauen auf Grund der gesellschaftspolitischen Veränderungen keine Zeit mehr hätten, sich um Kinder und Alte zu kümmern. Die familiäre Geborgenheit sei öffentlichen Ersatzdiensten gewichen. SCHIRMER bezeichnete diese Äußerungen als Diskriminierung der berufstätigen Frauen, die 40 Prozent der unselbständig Berufstätigen stellen, wie auch der sozialen Dienste, die in Wien 9.000 alte Menschen täglich betreuen. SCHIRMER stellte die Frage, in wie vielen Familien es denn früher - vor in Kraft treten der sozialen Reformen - Glück und Geborgenheit gegeben hat. Schon zur Jahrhundertwende gab es in Wien 375.000 berufstätige Frauen, die aber nicht wie heute, Zeit hatten, sich um die Familie zu kümmern. Eben das ist erst durch die gesellschaftlichen Veränderungen in den letzten Jahrzehnten möglich geworden. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

18 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Die Kosten für das Gesundheitswesen sind explosionsartig angestiegen, kritisierte GR. Dr. HAWLIK (ÖVP). Jeder Wiener hat Anspruch auf eine optimale medizinische Versorgung, trotzdem müsse es Überlegungen zur Eindämmung der Kosten geben. Eine wesentliche Voraussetzung dazu ist eine ausreichende und seriöse Information. Die von Stadtrat Stacher genannten Zahlen über die Kosten eines Pflagetages in den Spitalern unterscheiden sich von den Angaben von Gesundheitsminister STEYRER. Das Gesundheitswesen in Wien steckt in einer ernststen ökonomischen Krise. Der Zielplan der Krankenversorgung und Altenhilfe in Wien ist nur unzureichend erfüllt worden. Dr. Hawlik stellte daher den ANTRAG, die Überprüfung der Entwicklung des Zielplanes in kürzeren Zeitabständen vorzulegen. Außerdem soll der Gemeinderat über die Ergebnisse dieser Überprüfung umgehend informiert werden. Weitere ÖVP-Forderungen: Der Mangel an akuten Pflegebetten in bestimmten Bereichen und das Überangebot an Akutbetten sollen ausgeglichen werden. Der Zielplan für die Psychiatrie soll in den Zielplan für Krankenversorgung und Altenhilfe integriert werden.

Dr. Hawlik warnte davor, die Wiener Probleme im Gesundheitswesen auf Kosten anderer Bundesländer lösen zu wollen. Die gegenseitige Aufrechnung von Leistungen würde die Wiener in eine Isolation führen. Der Gedanke der Eigenvorsorge und des Gesundheitsbewußtseins bei jedem einzelnen Menschen soll gestärkt werden. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

19 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Die Vielfalt der Debattenbeiträge zeigt, wie vielschichtig man das Thema sehen kann, sagte GR. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP). Nicht zuletzt muß man Spitalsfragen aus der Sicht des Patienten sehen. Den Patienten interessiert weniger, wer die Krankenanstalten finanziert, oder wie hoch die Verweildauer ist. Für den Patienten ist wichtig, ob er auf ein Bett warten muß, oder ob auch dann Interesse an einer Heilung besteht, wenn er nicht mehr in den Arbeitsprozeß zurückgeführt werden kann.

Zum Unterschied zu einer von Stadtrat Stacher durchgeführten Patientenbefragung, in der 28 Prozent der Patienten Wünsche anmelden, kommt eine andere Bedürfniserhebung aus dem Jahre 1977 zu einem Anteil von 90 Prozent, wobei die Verwirklichung der Wünsche teilweise nicht einmal mit Kosten verbunden wäre.

An prominenter Stelle steht bei den Anliegen die Beziehung zum Arzt - die Erkrankung soll verständlich und ausführlich erklärt werden. Der Wunsch nach seelischer Betreuung in den Spitälern steht in der Wunschliste an dritter Stelle. Stadtrat STACHER forderte sie auf, den qualitativen Standard zu erhöhen und nicht nur den quantitativen.

Schlick stellte den BESCHLUSSANTRAG, es möge das Modell der gestuften Betreuung und Rehabilitation in jenen Spitälern eingeführt werden, in denen dies sinnvoll erscheint. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

20 wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) GR. WINDHAB (SPÖ) erklärte, Gesundheits- und Sozialwesen seien nicht dazu geeignet, daraus politische Geschäfte zu machen. Er lud die ÖVP ein, objektiv und konstruktiv im Interesse aller Menschen die bestehenden Probleme zu lösen. Die Opposition hätte falsche Vergleiche angestellt, man müsse auch die Qualität der Leistungen sehen. Daß die Qualität der Wiener Spitäler überdurchschnittlich gut sei, zeige sich daran, daß zahlreiche Patienten aus den Bundesländern in Wien versorgt werden. So kommen 42 Prozent der Orthopädie-Patienten aus den Bundesländern, ebenso 38 Prozent der Patienten an der Neurochirurgie und 48 Prozent an der Radiologie. Wien erbringe damit eine Leistung für ganz Österreich.

Windhab wies die Kritik einer falschen Gesundheits- und Gesellschaftspolitik zurück. "Wir haben viel für die sozial Schwachen getan. Heute gibt es bessere Lebensbedingungen für alle. Diese Sozialpolitik wollen wir gerne fortsetzen". (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

21 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Die Pensionen sind im Zeitraum von 1978 bis 1982 um 35 Prozent gestiegen, sagte GR. HAHN (ÖVP). Die Stromtarife stiegen in der gleichen Zeit um 58 Prozent, die Gastarife um 68 Prozent und der Fernwärmepreis um 73 Prozent.

Die Stadt Wien finanziert eine Reihe von Einrichtungen, die die niedergelassenen Ärzte in beträchtlichem Maße entlasten und so den Sozialversicherungsträgern Geld sparen. Dazu gehören zum Beispiel die mobilen Krankenschwestern und die psychosozialen Stationen. Hahn stellte den ANTRAG, umgehend Gespräche mit dem Finanzminister zu führen, um eine - zumindest teilweise - finanzielle Abgeltung solcher Leistungen aus den Mehreinnahmen der Zigarettenpreiserhöhungen zu erreichen. Finanzminister SALCHER hatte als Gesundheitsminister mehrmals verlangt, den Mehrerlös aus Zigarettenpreiserhöhungen für Gesundheitszwecke zu verwenden.
(Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

22 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort bekannte sich Stadtrat STACHER zur öffentlichen Diskussion um das Spitalswesen - nicht zuletzt darum habe er den Spitalsbericht im Gemeinderat zur Debatte gestellt.

Stacher verwahrte sich zunächst gegen den Vorwurf mangelnder Informationsfreudigkeit: Alle Unterlagen, die von der Opposition als neu zitiert wurden, waren bereits seit längerer Zeit allgemein zugänglich. Zur Anzahl der praktischen Ärzte, sagte Stacher, daß hier erstmals seit 1978 ein Ansteigen der niedergelassenen Praktiker zu verzeichnen ist. In der Frage des Auslastungsgrades der Spitalsbetten müsse man sagen, daß hier alle Voraussetzungen berücksichtigt werden müssen, um ein Urteil abzugeben. Das Manko in der Neurologie konnte durch neue Stationen in Lainz und im Wilhelminenspital beseitigt werden. Bezüglich der Spitalskosten sagte Stacher, daß man hier immer vergleichbare Spitäler mit vergleichbaren Leistungen gegenüber stellen muß, um zu einem gültigen Schluß zu gelangen. Überhaupt rühren die Kostensorgen in der Medizin aus dem Fortschritt, der ständig neue medizinische Einrichtungen ermöglicht und notwendig macht.

Der Kostenfaktor ist auch ein Grund für den Ausbau der Ambulanzen, da sowohl praktische wie auch Fachärzte die Kosten für bestimmte Einrichtungen nicht aufbringen könnten.

Zum Schlagwort "Beziehungsmanko" sagte Stacher, daß die SPÖ eben mit ihren sozialen Einrichtungen versucht, alleinstehenden alten Menschen zu helfen. Abschließend wies Stacher auf die errungenen Erfolge in der medizinischen Betreuung hin und sagte, es werde auch in Zukunft alles geschehen, um die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung zu garantieren. Die Vorlage des Spitalsberichts wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. Die eingebrachten Anträge wurden teils der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales und teils der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik zugewiesen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

23 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Wohnbaustadtrat Johann HATZL erklärte, daß er bereits in der letzten Gemeinderatssitzung vor 14 Tagen ausführlich zur Stadterneuerung berichtete. Da es sich um einen Tatsachenbericht handelt, könne er die Leistungen der Stadtverwaltung für die Stadterneuerung nur wiederholen.

Die Stadterneuerung wird in Wien als Großprojekt der kleinen Schritte betrieben. Wer mit offenen Augen durch die Stadt geht, könne sich von den zahlreichen verwirklichten Maßnahmen überzeugen. Die Stadterneuerung hat sich in den letzten Monaten immer stärker zu einem Schwerpunkt der Stadtverwaltung entwickelt. Dabei handelt es sich nicht um eine einmalige Aktion, sondern um einen andauernden Vorgang.

Die Stadterneuerung umfaßt nahezu alle Bereiche des städtischen Lebens. Stadterneuerung heißt: Wohnhausinstandsetzung, -verbesserung und Wohnhausneubau. Sie bedeutet Schaffung von Fußgängerzonen und Wohnstraßen, von Grünanlagen und Spielplätzen, von öffentlichen Einrichtungen. Sie beinhaltet die Verbesserung der Verkehrsorganisation, die Erneuerung der technischen Infrastruktur und die Erweiterung der Nahversorgung.

Stadterneuerung muß gemeinsam mit den Bewohnern betrieben werden. Die Verbesserung eines abgewohnten Stadtviertels darf nicht durch Zwangsmaßnahmen erfolgen, sondern nur gemeinsam und mit Hilfe der Bewohner; auch wenn sich die Meinung der Betroffenen innerhalb kurzer Zeit ändert.

Die Hälfte der rund 800.000 Wohnungen stammt aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Noch immer ist die Zahl der Substandardwohnungen sehr hoch, obwohl sich die Wohnungsstruktur insgesamt deutlich verbessert hat. 1978 waren etwa 200.000 Wohnungen mit Wasser, Zentralheizung und WC ausgestattet. 1979 waren es bereits 240.000 Wohnungen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

24 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Stadterneuerung und Stadterweiterung sind keine Gegensätze, betonte HATZL, sondern müssen gleichzeitig betrieben werden. Ein Stoppen der Stadterweiterung würde zu einer weiteren Abwanderung ins Umland führen. Der Wohnhausneubau ist besonders in grüner Umgebung wichtig. viele Wohnviertel, die in der Gründerzeit-Phase auf der grünen Wiese errichtet wurden, zählen heute zur gewachsenen Stadt.

Hatzl verwies auf die Leistungen bei der Instandsetzung städtischer und privater Wohnhäuser und Wohnungen. Die Mittel der Altstadterhaltung sind von 2,9 Millionen Schilling im Jahre 1972 auf über 100 Millionen im Jahr 1982 angestiegen. Die Wohnungsverbesserung und der Wohnhausneubau liegen schwerpunktmäßig im dichtverbauten Stadtgebiet. 1980 wurden zum erstenmal mehr Mittel von der Stadtverwaltung als von Privaten für die Instandsetzung von Wohnhäusern ausgegeben. Hatzl sprach sich jedoch erneut gegen eine Sanierung um jeden Preis aus. Das neue Mietsrechtsgesetz wird sich vorteilhaft für die Stadterneuerung auswirken. Mit dem Erhaltungsbeitrag werden mehr Häuser als je zuvor instandgesetzt können.

Das Veto der ÖVP im Bundesrat gegen das Wohnbausonderprogramm der Bundesregierung ist sehr bedauerlich, sagte Hatzl. Es werden dadurch nicht nur wichtige Maßnahmen zur Stadterneuerung verzögert, sondern auch eine wirkungsvolle Beschäftigungspolitik für das Frühjahr verhindert. Eine weitere Verstärkung der Stadterneuerung ist durch die Neuordnung der Wohnbauförderung, durch eine Forcierung der Wohnbauverbesserung und durch den gezielten Einsatz in Stadterneuerungsgebieten zu erwarten. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

25 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Gemeinderat KUCHAR (FPÖ) kritisierte, daß im Stadterneuerungsbericht eine Auflistung von Stadterneuerungsgebieten enthalten ist, jedoch nur bei einem einzigen Gebiet, nämlich Ottakring, auch Erfolge zu verzeichnen sind. Bei allen anderen wird nur "geplant, ein Flächenwidmungsplan ausgearbeitet, mit der Bevölkerung gesprochen" - das ist alles notwendig, aber der Erfolg der Arbeiten seit ihrem Beginn ist sehr bescheiden. Kuchar verglich dies mit dem Wohnbauprojekt Marco-Polo-Gründe, das 1975 vom Gemeinderat beschlossen wurde, aber vielleicht erst 1985 oder 1986 fertiggestellt wird. Das ist viel zu lang, weil in diesem Zeitraum die Baukosten exorbitant steigen, weil aber auch viel Kapital aus der Wohnbauförderung gebunden wird. KUCHAR verwies auf einen Hotelneubau österreichischer Firmen im Ausland mit 408 Zimmern, der, wie er sagte, in nur etwas mehr als zwei Jahren fertiggestellt wurde. Wenn es mit der Stadterneuerung so weiter geht, wird mehr an Wohnsubstanz zugrunde gehen, als es un gelingt, zu revitalisieren.

Die Wohnungsverbesserung müßte für die schlechtesten Wohnungen zum Tragen kommen. Tatsächlich sind jedoch nur 2 Prozent der geförderten Wohnungen im Rahmen der kleinen Wohnungsverbesserung Substandardwohnungen. Die Wohnungszusammenlegungen gehen stark zurück. Zur Unterstützung der Bedürftigen muß die Stadt Wien flankierende Maßnahmen setzen. Auch bei der großen Wohnungsverbesserung ist die Tendenz sinkend. Dem verstärkten Bedürfnis nach Eigentumswohnungen wird zuwenig entsprochen. Es müssen mehr finanzielle Mittel für die Stadterneuerung verwendet werden, und deshalb ist ein Umdenken in der Stadtverwaltung notwendig. Stadterneuerung darf sich nicht am Spittelberg orientieren, sondern muß unter jenen Kosten liegen, die für Neubauten notwendig sind. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

26 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Als unverständlich bezeichnete es Kuchar, wenn Vizebürgermeister Dr. Busek aus populistischen Gründen gegen die notwendige Anhebung des Erhaltungsbeitrages ist, aber behauptet, die Stadtreparatur zu wollen. Man muß den Leuten sagen, daß Wohnen etwas kostet. Die Verantwortlichen müssen aber alles tun, um die Belastung der Bevölkerung möglichst gering zu halten und Fortschritte möglichst bald wirksam werden zu lassen. (Forts.)
and/gg

NNNN

Wiener Gemeindert (20)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

29 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. MAYR (ÖVP) bezeichnete den Bericht von Stadtrat Hatzl als eine Zusammenfassung bereits bekannter Statistiken. Es befasse sich kein einziges Kapitel mit der Frage, ob sich die bisherigen Organisationsmodelle bewährt haben und ob genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Der Redner kritisierte die Stadterneuerungsgebiete in den einzelnen Wiener Gemeindebezirken. Die großflächige Stadterneuerung bringe Verfahrensprobleme mit sich, und es erscheine nicht sinnvoll, größere Stadterneuerungsmaßnahmen nur bei Gemeindebauten durchzuführen. Außerdem sollten einfache Planungsmaßnahmen mit der Bevölkerung besprochen werden.

Die Stadtverwaltung habe bis jetzt auf dem Gebiet der Autoabstellplätze versagt. Die nötigen Finanzmittel seien nicht so leicht aufzubringen und es müßten auch Privatinitiativen geweckt werden.

Die Verfahren bei den Schlichtungsstellen dauern zu lange. Eine Weisung von Stadtrat Hatzl an die MA 25, nach der städtische Projekte bevorzugt zu behandeln seien, bezeichnete Mayr als bedenklich.

Zur Beschleunigung der Stadterneuerung schlug der Redner die gleiche Behandlung aller Fälle bei der MA 25 sowie eine vorübergehende personelle Aufstockung der Schlichtungsstellen und die Heranziehung von Ziviltechnikern vor. Weiters regte der Redner realistischere Festlegungen der Einheitspreise bei den zuständigen Fachabteilungen an.

GR. MAYR brachte einen ANTRAG ein, den Dachbodenausbau in gemeindeeigenen Häusern im 1. Bezirk zu verstärken. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

30 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Der vorliegende Bericht über die Stadterneuerung wurde mit Stand 1980 erstellt, sagte GR. LUSTIG (SPÖ). In der Zwischenzeit ist auf diesem Gebiet schon wieder sehr viel geschehen.

Die Stadterneuerung ist ein Begriff, der Wien erst zu dem gemacht hat, was es heute ist. Die Stadtverwaltung war schon sehr früh in diesem Sinne - wenn auch noch nicht unter dieser Bezeichnung - tätig. Die Stadterneuerung umfaßt nicht nur Bauen und Erhalten, sondern fast alle Bereiche des täglichen Lebens. Wohnungsbau, Wohnungsinstandsetzung und Verbesserung gehören ebenso dazu wie die Gestaltung der Wohnumgebung, die Schaffung von Grünanlagen, Spielplätzen, Fußgängerzonen und Wohnstraßen, die Verbesserung der technischen Infrastruktur und der Nahversorgung und vieles andere.

Ein Zehn-Jahresplan umfaßt den Bau von 60.000 Wohnungen und Einfamilienhäusern, die Schaffung von 5.000 modernen Wohnungen durch Wohnungszusammenlegungen sowie 100.000 Wohnungsverbesserungen.

Das Modell Ottakring hat viel für die Zukunft gelehrt. Durch Einsatz von öffentlichen Mitteln war es in den Untersuchungsgebieten möglich, auch den Einsatz von privaten Mitteln zu aktivieren. Die Gebietsbetreuungen haben sich sehr gut bewährt und sollen - wenn auch vielleicht da oder dort in veränderter Form - beibehalten werden.

LUSTIG kritisierte die Ablehnung des Sonderwohnbauprogrammes des Bundes durch die ÖVP-Bundesräte. Das war ein schwerer Schlag gegen die Bevölkerung und die Bauwirtschaft unseres Landes. Die ÖVP-Forderung nach Vorrang für die Stadterneuerung ist somit unglaubwürdig. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

31 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Das neue Mietrecht ist ein wesentlicher Faktor im Rahmen der Stadterneuerung, erklärte Lustig.

In den Jahren 1978 bis 1980 wurden für die Stadterneuerung 35 Milliarden Schilling aufgewendet. 1982 sind dafür wieder mehr als 11 Milliarden vorgesehen. Im Laufe von 10 Jahren ist ein Gesamtbetrag von 120 bis 150 Milliarden denkbar. Wir werden an diesem Großprojekt der vielen kleinen Schritte weiterarbeiten schloß Lustig. (Forts.)
ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

32 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Die Stadterneuerung ist der ÖVP schon immer ein Anliegen gewesen, erklärte GR. HAHN (ÖVP). Schon 1966 hat die ÖVP ein Generalkonzept für die Stadterneuerung gefordert, während in der SPÖ erst in den letzten Jahren ein gewisses Umdenken eingesetzt hat. Allerdings ist ihm von der Hoffnung, so Hahn, die er bei der Konstituierung des Stadterneuerungsbeirates 1980 gehegt hat, schon wieder einiges abhanden gekommen. Denn in Wien fehlt es noch immer an konkreten Maßnahmen, vor allem auch an der genügenden Einbindung der Bausparkassen in die Stadterneuerung.

Statt dessen wird eine Traumzahl von 35 Milliarden Schilling für die Stadterneuerung in den letzten drei Jahren angeführt, von denen bei genauer Prüfung bestenfalls 15 Milliarden übrigbleiben. Denn Mittel für den Verkehr, die Krankenanstalten oder die Donauinsel kann man wohl nicht für die Stadterneuerung in Anspruch nehmen. Dafür wird auf Bundesebene ein Sonderwohnbauprogramm beschlossen, das letzten Endes aus Kapitalmarktmitteln finanzierte und daher für die Mieter und für die Öffentlichkeit teure Wohnungen erbringen würde. Deshalb habe die ÖVP im Bundesrat dieses Gesetz abgelehnt. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

33 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) HAHN betonte die Notwendigkeit der Koordination einzelner Maßnahmen der Stadterneuerung wie auch die Erstellung eines Zeit- und Kostenplanes, um das gesamte Problem in den Griff zu bekommen. Hahn stellte den ANTRAG, in dem folgende Maßnahmen gefordert werden:

die Erstellung eines Haussubstanz-Qualitätskatasters, eines Dringlichkeitskataloges der Stadterneuerung unter Einbeziehung der Finanzierungserfordernisse und eines fünfjährigen Wohnbau- und Stadterneuerungsprogrammes auf Grund dieses Dringlichkeitskataloges. Das erste fünfjährige Wohnbau- und Stadterneuerungsprogramm soll im Rahmen des Budgets 1983 und des Finanz- und Investitionsplanes 1983-1987 berücksichtigt werden.

Abschließend kritisierte HAHN die neue Mietengesetzgebung. Mit den Erhaltungsbeiträgen, die nun auch in älteren Gemeindebauten eingehoben werden, kommt es zu einer plötzlichen Erhöhung, die für manche Mieter schwierig zu tragen sein wird. Überdies wird es in dieser Frage auch zu vielen rechtlichen Problemen kommen. (Forts.)
gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

34 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP hat auf wichtige Stadterneuerungsvorhaben der Bundesregierung in letzter Zeit jedesmal mit einem klaren Nein reagiert, erklärte GR. EDLINGER (SPÖ). Dieses Nein wird allerdings jedesmal mit einer anderen Argumentation begründet. So gibt es die verschiedensten Argumente der ÖVP gegen das Mietrecht, gegen das Stadterneuerungsgesetz, gegen das Sonderprogramm zum Wohnbau und gegen das Kongreßzentrum.

Das neue Mietrechtsgesetz hat ÖVP-intern zu einer Zerreißprobe geführt. Während der eine ÖVP-Abgeordnete die Ertragslosigkeit des Hausbesitzes kritisierte, beklagte sich der andere ÖVP-Abgeordnete über die Erhöhung der Mieten. Beim Sonderwohnbauprogramm, sowie beim Kongreßzentrum tritt die Anti-Wien-Haltung der ÖVP klar zu Tage. 350 Millionen Schilling für die Bauwirtschaft können durch die ÖVP-Ablehnung im Bundesrat nicht rach wirksam werden.

Für das zusätzliche Wohnbauprogramm ist eine raschere Annuitätenrückzahlung vorgesehen. Der Gedanke einer gestaffelten Annuitätenrückzahlung wurde vor einiger Zeit auch von der ÖVP begrüßt. Das beweist die "Verbalakrobatik" der ÖVP, wenn sie nun dagegen ist, sagte Edlinger. Der neue ÖVP-Generalsekretär behauptete, mit den eingesparten 7,5 Milliarden Schilling vom Konferenzzentrum könnte man 20.000 Wohnungen fördern. Derzeit beträgt der Förderungssatz für eine neue Wohnung durchschnittlich 600.000 Schilling. Würden die Zielsetzungen der ÖVP verwirklicht, würden die neuen Wohnungen entweder halb so groß, oder doppelt so teuer.
(Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

35 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) GR. EDLINGER kritisierte, daß die Wiener ÖVP-Bundesräte gegen die Interessen der Bundeshauptstadt stimmten. Edlinger stellte den Antrag, der Bürgermeister soll beim Präsidenten des Wiener Landtages intervenieren, um den Bundesräten die Vertretung der Interessen Wiens im Bundesrat mit Nachdruck naheulegen. Wenn es auch verständlich ist, daß sich die ÖVP-Landeshauptleute um mehr Investitionen in ihren Ländern bemühen, so sei es aus Wiener Sicht völlig unverständlich, daß sich die Wiener ÖVP-Bundesräte und vor allem Vizebürgermeister Dr. BUSEK an der Anti-Konferenzentrums-Kampagne beteiligen.

Abschließend kritisierte Edlinger die ÖVP-Broschüre zur Wohnbaupolitik. Dort, wo es um die Finanzierbarkeit der ÖVP-Vorschläge geht, gibt es zuwenig konkrete Aussagen. Selbstverständlich wird es hingegen geradezu kabarettreif ausgewalzt. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

36 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Die im Bundesrat abgelehnten Sonderbeschäftigungsgesetze der Bundesregierung waren unausgegoren, erklärte Gemeinderat Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP). Das Gesetz über die Stadterneuerung enthält viel zu wenig Möglichkeiten für die technischen Verbesserungen von Häusern. Österreich braucht wirtschaftlich durchdachte Vorschläge und nicht so oberflächliche, betonte Wöber.

Durch Aufträge an das Baugewerbe können wesentlich mehr Menschen beschäftigt werden als durch Aufträge an die Bauindustrie. Investitionen in die Stadterneuerung und in den Wohnbau würden wesentlich beschäftigungsintensiver sein als der Bau des Konferenzzentrums. Wie können sozialistische Gewerkschafter, so Wöber, für Projekte eintreten, bei denen weniger Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen?

Das Herrichten von alten Häusern muß nicht teurer sein als ein Neubau, in vielen Fällen ist eine Revitalisierung günstiger. Man sollte daher mit Mitteln der Wohnbauförderung auch die Revitalisierung von alten Häusern möglich machen. Man sollte Finanzierungsformen schaffen, um volkswirtschaftlich wertvolle Substanz zu erhalten.

Das von der Wiener ÖVP vorgelegte Stadterneuerungskonzept ist bis heute nicht behandelt worden. Da man derzeit nur über knappe finanzielle Mittel verfügt, sollte man sich sehr genau mit der direkten Beschäftigungswirkung, den Folgeinvestitionen, den Folgekosten, dem Folgenutzen und der maximalen Multiplikatorwirkung befassen. Statt neue Gesetze zu schaffen, wäre es besser, auf die vorhandenen Instrumente - wie die Bausparkassen oder die Wohnbauförderung - zurückzugreifen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

37 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) GR. RAUTNER sprach sich vehement für den Bau des Konferenzentrums aus, da dadurch die Beschäftigung von Bauarbeiten in Wien gesichert sei. "Mit ihrer Ablehnung betreiben sie Demagogie", warf er der ÖVP-Fraktion vor.

Rautner bezweifelte die von GR. WÖBER vorgelegten Ziffern. Die Wertschöpfung eines Bauarbeiters liegt im Durchschnitt bei 636.000 Schilling pro Jahr. Mit einer Milliarde Investition können im Hoch- und Tiefbau fast 1.600 Bauarbeiter beschäftigt werden. Die Ablehnung des Sonderwohnbauprogrammes durch die ÖVP-Bundesräte verzögert den Bau zahlreicher Wohneinheiten. Damit verhindert die ÖVP die Beschäftigung von tausenden Menschen. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

38 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Gemeinderat Ing. KREINER (ÖVP) nahm zu der Kritik von SPÖ-Gemeinderat EDLINGER an der Broschüre "Eine andere Art von Wohnungspolitik" Stellung. In der Broschüre werde dargestellt, daß bei Renovierungsarbeiten verschiedenste Arbeitsgruppen Beschäftigung finden. Es sei ihm unverständlich, was an den Anregungen und Aussagen dieser Broschüre zur Arbeitsplatzsicherung so lustig sein soll.

Der Verdacht liegt nahe, sagte Gemeinderat Dr. PETRIK (ÖVP), daß schon die historischen Weichenstellungen der Ersten Republik einen freien, sozialen Wohnungsmarkt nie aufkommen ließen. 1920 gab es 25.000 Wohnungssuchende, heute sind es 45.000 bis 50.000. In 60 Jahren sozialistischer Wohnungspolitik hat sich eigentlich sehr wenig verändert. Nicht nur der Kampf gegen die Wohnungsnot ließ den Massenwohnbau zum sozialistischen Kredo werden, sondern auch der Wunsch nach einem immer größeren Einfluß auf den Wohnungsmarkt. Um den Preis einer geringeren Freiheit und Unabhängigkeit der Bewohner wurden "Sozialpaläste" geschaffen. Die Hoffnung ist gering, daß die SPÖ aus den Fehlern der Vergangenheit Konsequenzen zieht.

Eine Bebauungsdichte wie in der Großfeldsiedlung oder auf den Trabrenngründen könnte auch im städtischen Flachbau erreicht werden. Notwendig sind Eigeninitiative, Phantasie und Hilfe zur Selbsthilfe. Petrik warf der Gemeinde vor, die Eigeninitiative Privater zu wenig zu unterstützen. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

39 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) GR. SALLABERGER wandte sich gegen die Behauptung, daß der Bau des Konferenzentrums in der UNO-City keinen hohen Beschäftigungseffekt hat. Ganz im Gegenteil wird dieser Bau, so wie schon der bestehende Teil des Internationalen Zentrums, einer langen Reihe von Mittel- und Kleinbetrieben Aufträge verschaffen. Während die ÖVP sich noch vor einigen Jahren für dieses Konferenzzentrum ausgesprochen hat, ist sie jetzt dagegen, weil sie eben gegen jede Art von Großinvestitionen in Wien ist. Das, so Sallaberger, ist nämlich die Tendenz dieser Kampagne, daß man für Großprojekte in allen anderen Bundesländern votiert, nur nicht in Wien.

Was die Bemühungen um die Stadterneuerung betrifft, so sind diese schon aus der Statistik der Wohnungsverbesserung zu ersehen. Gab es 1972 746 derartige Ansuchen, so waren es 1980 14.576, die ein Geldvolumen von 750 Millionen für die kleinen Gewerbebetriebe freisetzen. Alles dank einer Maßnahme der Stadtverwaltung im Sinne der Stadterneuerung.

Sallaberger sprach sich für eine sinnvolle Koordination von Neubautätigkeit und Altbausanierung aus. Nur wenn man neue Wohnbauten auch an der Peripherie errichtet, kann man die Wohngebiete in den dicht bebauten Bezirken entkernern und wohngerecht assanieren. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

40 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Im Stadterneuerungsbericht wird Stadterneuerung als die Verbesserung der Lebensqualität im dicht bebauten Stadtgebiet definiert, stellte GR. Dkfm. Dr. WÜBER (ÖVP) fest. In der Diskussion wurde von der SPÖ allerdings hauptsächlich das Konferenzzentrum in Kagran verteidigt, das sicherlich nicht zur Stadterneuerung zählt.

Wenn die Mittel knapp sind, muß man genau überlegen, wie man sie einsetzt, um eine optimale Beschäftigung zu erreichen. Wichtig ist dabei die Multiplikatorwirkung. Sie ist beim Prozeß der Stadterneuerung am meisten gegeben. Würde man die Bausparförderung beispielsweise um eine Milliarde anheben, ergäbe dies ein zusätzliches Finanzierungsvolumen von 2 bis 4 Milliarden Schilling.

Für das Konferenzzentrum wurde bei dreijähriger Bauzeit eine Beschäftigung von 1.741 Arbeitern errechnet. Die gleichen Mittel in der Wohnbauförderung eingesetzt, würden etwa 3.400 Menschen beschäftigen. Das Baugewerbe ist doppelt so beschäftigungsintensiv wie die Bauindustrie. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

41 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort erklärte Stadtrat HATZL (SPÖ), daß die ÖVP die heutige Sitzung wohl nur verlangt habe, weil man vor 14 Tagen die Diskussion nicht in den Abend verschieben wollte. Stadterneuerung ist für die ÖVP offensichtlich keine Herzensangelegenheit, sondern nur eine Frage, die man politisch ausschlichten möchte.

Bei der Verbesserung von Substandardwohnungen war man noch nicht restlos erfolgreich. Die Mieter waren bisher vielfach über die Durchführung "unsicher". Nun kann jedoch die Wohnungsverbesserung erzwungen werden.

Die Grenzen der Auftragshöhen sollte man nicht öffentlich bekanntgeben. Die Wirtschaft würde sich an diesen Limits sofort orientieren.

Die ÖVP spricht immer von der guten Wohnqualität im 18. Bezirk. Es ist nun zu hoffen, daß künftig die ÖVP Wohnbauprojekte an der Grenze des Wienerwaldes zustimmen wird.

Es stimmt, daß man Architektenträumen nicht nachhängen soll. Es ist jedoch nicht leicht, eine solche Auffassung durchzusetzen.

(Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

42 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Mit der Forderung nach einem "Kletterdarlehen" verlangt die ÖVP etwas, was sie im Bundesrat abgelehnt hat.

Der Vorwurf, in den letzten 60 Jahren habe sich am Wohnungssektor nichts verändert, ist "Schwarzmalerei".

Heuer können 5.500 Wohnungen in Wien wohnbaufördert werden. Die 1.500 Wohnungen des Sonderprogrammes kommen noch dazu.

Die ÖVP sieht nun auch, daß in den letzten Jahren in Wien die Stadterneuerung forciert wurde. Die ÖVP akzeptiert nun auch die Linie der SPÖ, daß Stadterneuerung sehr vieles umfaßt. Dieses Eingehen der ÖVP auf die Linie der SPÖ ist ein Erfolg dieser Debatte.

ABSTIMMUNG: Die Vorlage des Stadterneuerungsberichtes wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. Ein SPÖ-Antrag (Wahrnehmung der Interessen Wiens im Bundesrat) wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Zwei ÖVP-Anträge (Dringlichkeitskatalog für Stadterneuerung und Dachbodenausbauförderung) wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Die Sitzung wurde um 20.25 Uhr nach elfeinhalbstündiger Dauer geschlossen. (Schluß) and/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN

Wiener Landtag

Utl.: Parkometergesetz

=++++

43 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die Gemeinderatssitzung trat der Wiener Landtag unter Vorsitz des 1. Präsidenten Hubert PFOCH (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen. Es lagen eine schriftliche Anfrage der FPÖ und ein Antrag der ÖVP zur Regelung der Prostitution einschließlich der Prostitution in Wohnhäusern vor. Beides wurde dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

LAbg. Prof. WIESINGER beantragte als Berichterstatter eine Novelle zum Wiener Parkometergesetz. Danach sollen künftig nur gebührenfreie Kurzparkzonen besonders gekennzeichnet werden.

Die Novelle wurde in Erster und Zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Ein Drei-Parteien-Antrag, der Landeshauptmann möge an die im Parlament vertretenen Parteien wegen einer bundeseinheitlichen Kennzeichnung der Kurzparkzonen herantreten, wurde einstimmig gebilligt. (Schluß) fk/gg

NNNN

Gedenktafel für Bürgermeister Teddy Kollek (1)

=++++

27 #Wien, 12.3. (RK-POLITIK) Bürgermeister Leopold GRATZ, der Botschafter Israels in Wien Ben YAAKOV und der geschäftsführende Präsident der österreichisch-Israelischen Gesellschaft Nationalratsabgeordneter Dr. Walter SCHWIMMER enthüllten Freitag am Hause Landstraßer Hauptstraße 147 eine Gedenktafel, die daran erinnert, daß der jetzige Bürgermeister von Jerusalem Teddy KOLLEK von 1918 bis 1934 in diesem Haus gewohnt hat. An der Feier nahmen auch Bundesminister Otto RÖSCH, Bezirksvorsteher Jakob BERGER, mehrere Abgeordnete und die führenden Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde teil.#

Teddy Kollek kam 1918 als Siebenjähriger mit seinen Eltern von Herzogenburg bei St. Pölten nach Wien, 1934 wanderte die Familie nach Palästina aus, seit 1965 ist Teddy Kollek Bürgermeister von Jerusalem. Die Anbringung der Gedenktafel wurde von der österreichisch-Israelischen Gesellschaft im Vorjahr anlässlich des 70. Geburtstages von Teddy Kollek beschlossen. Wegen der Ermordung von Stadtrat Heinz NITTEL wurde die Enthüllung auf heuer verschoben.

Abg. Schwimmer hob hervor, daß Bürgermeister Kollek bemüht sei, mit Taten für das friedliche Zusammenleben von Juden und Arabern zu sorgen. So sei er ein Symbol des Friedens in einer Region, die sonst von Waffengeklirr erfüllt sei.

Bürgermeister Gratz erinnerte an seine Gespräche mit dem Amtskollegen aus Jerusalem, aus denen hervorging, daß Teddy Kollek in Israel eine neue Heimat gefunden hat, aber sich noch immer stark mit Wien verbunden fühlt. "Israel liegt in einer Region, die so reich sein könnte, wenn sie Frieden hätte", sagte Gratz. "Natürlich spielt dabei die Weltpolitik eine entscheidende Rolle. Aber Teddy Kollek bekennt sich zum Standpunkt, daß man nicht die Hände in den Schoß legen und warten kann, was die Weltpolitik entscheidet".

(Forts.) sti/bs

Gedenktafel für Bürgermeister Teddy Kollek (2)

=++++

28 Wien, 12.3. (RK-POLITIK) Teddy Kollek ist ein Mann, sagte Gratz bei der Enthüllung der Gedenktafel, dem es lieber wäre, wenn er von der ganzen Bevölkerung der vereinigten Stadt Jerusalem demokratisch gewählt würde, als - wie es jetzt der Fall ist - nur von einem Teil.

Gratz verwies darauf, daß die Tafel genau an dem Tag enthüllt wird, an dem vor 44 Jahren, am 12. März 1938, die Nacht und der Terror über Österreich kamen. So sei die Tafel auch eine Mahnung, niemals zu vergessen, was geschehen ist und wie es geschehen konnte.

Auch Botschafter Ben Yaakov erinnerte an die Märztage des Jahres 1938. "Es ist für uns ein Anlaß zur Genugtuung, daß heute, 44 Jahre später, die Fahne des freien Judenstaates in den Straßen von Wien weht - in der Stadt, in der Herzl das Ziel des Judenstaates formuliert hat," sagte er. (Schluß) sti/ap

NNNN